Nr. 5. | Donnerstag, 7. Januar. | 1897

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbestellgeld 1 Mk. 40 Pf. Sprechstunden der Redaktion 11—12 Uhr Vorm. Ketterhagergasse Nr. 4.

XVI. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Die Duellordre.

Des Kanzlers Wort ist eingelöst. Im gestrigen Abendblatt haben wir die kaiserliche Cabinetsordre über das Duell in der Armee mitgetheilt, welche, wie schon gemeldet, am 1. Januar erlassen ist und im wesentlichen den Ankündigungen entspricht, die Fürst Hohenlohe am 17. November vorigen Jahres im Reichstage gemacht hat.

Damals erklärte der Fürst in Beantwortung der Interpellation über den Fall Brüsewitz, daß auch auf dem Gebiete des Duellwesens den Vorschriften der Gesetze in allen Kreisen der Bevölkerung ohne Unterschied des Standes und Berufs Achtung und Befolgung gesichert werden müßten. Als den Weg, der voraussichtlich befolgt werden würde, bezeichnete er den, daß in Anlehnung an die bis zum Jahre 1874 in Geltung gewesene allerhöchste Verordnung vom 20. Juli 1843 über das Verfahren bei Untersuchungen der zwischen Offizieren vorfallenden Streitigkeiten und Beleidigungen beabsichtigt werde, diese Streitigkeiten und Beleidigungen der ehrengerichtlichen Behandlung und Entscheidung zu unterwerfen mit der Wirkung, daß die Entscheidung, welche niemals auf eine Nöthigung zum Zweikampf oder auf eine Zulassung desselben lauten darf, für die streitenden Theile **unbedingt verbindlich** ist.

Zu der Zeit war auch bereits eine Commission aus sachverständigen Offizieren auf des Kaisers Befehl berufen worden, um den Entwurf des neuen Verfahrens zu begutachten. Diese Commission hat inzwischen ihre Aufgabe erfüllt, und das Ergebniß liegt jetzt in der neuen vom Kaiser vollzogenen Cabinetsordre vor. Es war angesichts der in den letzten Wochen vorgekommenen mehrfachen sensationellen Duelle und der dadurch abermals in weiten Kreisen geschaffenen Beunruhigung dringend zu wünschen, daß der Wortlaut der Cabinetsordre recht bald veröffentlicht werde, und mit Genugthuung ist es zu begrüßen, daß diesem Wunsche jetzt Rechnung getragen ist.

Freilich — eine Beseitigung des Uebels mit Stumpf und Stil, wie seiner Zeit in England durch das Vorgehen des Prinz-Gemahls Albert im Verein mit dem Herzog von Wellington, ist durch diese Ordre nicht gegeben, und viel sehr viel kommt noch auf den Geist an, in welchem die Ordre zur praktischen Ausführung gelangt. Es steht an der Spitze des Erlasses nur die Absicht, „daß Zweikämpfen der Offiziere mehr als bisher vorgebeugt wird“. Auch wird von einer besonderen „Standessitte“ ausgegangen und die Anstrebung eines Ausgleichs nur angeordnet, „soweit es die Standessitte irgenwie zuläßt“. Indessen — diese nicht unwesentliche Einschränkung soll uns die Genugthuung über das Erreichte nicht vergällen. Nur selten fällt ein Baum auf einen Streich und in's Mark ist er immerhin getroffen. Dafür sorgt die im übrigen äußerst klare, strenge Fassung der Paragraphen. Und wenn ferner für eine Reihe von Fällen des Verstoßes gegen die Vorschriften Bericht an den Kaiser vorgesehen ist, so bürgt des Kaisers Eigenschaft als höchster Vertreter der militärischen Macht und Ehre und der staatlichen Gesetzlichkeit dafür, daß solche Verstöße nicht ungeahndet bleiben werden. Auf alle Fälle wird somit das vom Reichskanzler Fürsten Hohenlohe verheißene Ziel, den Zweikampf wenigstens „auf ein Mindestmaß zurückzuführen“, erreicht, dessen können wir sicher sein.

Das ist immerhin ein hocherfreulicher, bedeutsamer Fortschritt, eine schöne Frucht der in letzter Zeit so lebhaften Aeußerungen der öffentlichen Meinung und des einmüthigen Votums des Reichstages über und gegen dieses Ueberbleibsel aus längst vergangenen Tagen. Und diese enge Beschränkung des Zweikampfes in der Armee wird über dieselbe hinaus wirken und zu einer allgemeinen Verminderung des Duellunfugs auch in den übrigen „satisfactionsfähigen“ Kreisen führen. Die ganze Einrichtung des Zweikampfes hat damit einen Stoß empfangen, von dem sie sich nie erholen wird, an dessen weiterwirkenden Folgen sie aber leicht ganz zu Grunde gehen kann und hoffentlich zu Grunde gehen wird, namentlich wenn weitere, nach Legung einer solchen Bresche wohl denkbare und jedenfalls noch zu erstrebende Beschränkungen auf diesem Gebiete nachfolgen. Und in diesem weiterschauenden Sinne begrüßen wir die Ordre als eine befreiende That, die für uns die in England und Skandinavien schon lange blühende zweikampflose Zeit wenn nicht herbeigeführt, so doch glücklich und sicher angebahnt hat.

•

Unser Berliner Correspondent schreibt uns in Betreff der Duellordre noch Folgendes:

Die Urtheile der hauptstädtischen Presse über die Cabinetsordre vom 1. Januar in Sachen des Duells constatiren, von der „Kreuzztg.“ abgesehen, die noch nicht spricht — einmal, daß die Erwartungen, welche durch die Erklärungen im Reichstage angeregt worden sind, nur in beschränktem Umfange erfüllt worden sind, daß es sich darnach um eine Abschlagszahlung handelt und ferner, daß die Wirkung der Cabinetsordre lediglich davon abhängen wird, wie die Bestimmungen derselben in der Praxis gehandhabt werden. Vergleicht man die Hohenlohe'sche Erklärung vom 17. November mit dem Inhalt der Cabinetsordre, so muß man nach den bisherigen Veröffentlichungen annehmen, daß die Vorschläge des Kriegsministeriums in der Commission von sachverständigen Offizieren, die zur Berathung derselben zusammengetreten war, Einschränkungen erfahren haben, die namentlich darin hervortreten, daß auf eine generelle Erledigung der sog. Ehrenhändel auf ehrengerichtlichem Wege verzichtet ist. Wenn der Ehrenrath zu dem Resultat gelangt, daß ein Ausgleich nicht möglich ist — was ohne Zweifel dann der Fall sein wird, wenn die Betheiligten auf dem Austrag des Streites im Wege des Duells bestehen —, so hat es bei den bisher in Kraft stehenden Bestimmungen über das ehrengerichtliche Verfahren sein Bewenden. Die Streitigkeiten, um deren Beilegung der Ehrenrath sich vergeblich bemüht hat, werden im ehrengerichtlichen Verfahren erst recht nicht gütlich erledigt werden können.

Immerhin kann darüber kein Zweifel bestehen, daß das neue Verfahren die Zahl der Offiziersduelle erheblich vermindern wird, wenn, was die einleitenden Sätze als unzweifelhafte Absicht des Kaisers erkennen lassen, jeder Versuch, ohne Rücksicht auf den Ehrenrath zum Duell zu schreiten, ernsthaft zurückgewiesen wird. Wird in einem solchen Falle der Offizier gezwungen, seinen Abschied zu nehmen, so dürfte eine Mißachtung des Ehrenraths nur sehr selten eintreten. Daß die endgiltige Entscheidung dem obersten Kriegsherrn vorbehalten bleibt, entspricht der jetzigen Bestimmung, daß der Spruch des Ehrengerichts gleichfalls der Entscheidung des Kaisers unterliegt. Vor allem aber fällt in's Gewicht, daß nur auf diesem Wege eine einheitliche Handhabung der neuen Vorschriften herbeigeführt werden kann.

•

Preßstimmen über die Duellordre.

Berlin, 6. Jan. (Tel.) Zu der Cabinetsordre des Kaisers über das Duell bemerkt der socialdemokratische „Vorwärts“: Die eigenartige staatsrechtliche Stellung des Kaisers tritt aus Anlaß dieser Cabinetsordre stark hervor. In seinem, des Königs Namen, sprechen die Landgerichte über die Duellanten Strafen aus und in seinem, des obersten Kriegsherrn, Namen bestimmen die Ehrengerichte, ob Duelle stattfinden sollen.

Berlin, 5. Jan. Die freisinnige „**Vossische Ztg.**“ schreibt: „Die Cabinetsordre kann als Abschlagszahlung auf eine unzweifelhafte Schuld willkommen geheißen werden. Ihre Tragweite wird vornehmlich von dem Geiste abhängen, in dem sie ausgeführt wird.“

Das freisinnige „**Berl. Tageblatt**“ führt aus, wenn auch die Cabinetsordre die Duelle nicht gänzlich beseitigt, so erkenne es doch dankbar den Schritt des Kaisers als eine That an, die vielleicht einen Bruch mit einigen altpreußischen Traditionen, dafür aber die Versöhnung der durch die von Offiziershand verübten Blutthaten in der letzten Zeit in ihrem Innersten aufgewühlten Volksseele bedeutet.

Die nationalliberale „**National-Ztg.**“ zweifelt nicht, daß die neuen Anordnungen die Zahl der Duelle einschränken werden, doch erscheine es zweifelhaft, wie weit die Einschränkung reichen wird, und zwar nicht nur, weil dies selbstverständlich von der Art der Ausführung abhängen wird, sondern auch, weil nicht klar hervortritt, wie weit die Einschränkung beabsichtigt ist.

Das Centrumsorgan, die „**Germania**“, bemerkt: „Geht die Cabinetsordre lange nicht so weit, wie wir wünschten, nämlich bis zu dem grundsätzlichen Verbot des Duells für Offiziere, so begrüßen wir dieselbe doch als ersten erfreulichen Schritt, dem Duellunfug im Heere engere Schranken zu ziehen.“

Das conservativ-orthodoxe „**Volk**“ sagt, durch den Erlaß werde der Zweikampf im Heere auf ein Minimum eingeschränkt und zu seinem gänzlichen Aufhören ein bedeutsamer Schritt gemacht. Das werde auch nicht ohne Rückwirkung auf die bürgerlichen Duellverfechter bleiben.

Die agrarische „**Deutsche Tageszeitung**“ schreibt: „Jeder, der die Verfügung unbefangen liest, wird zugeben, daß sie getragen ist von der Absicht, Zweikämpfe nach Möglichkeit zu verhüten und trotzdem das empfindliche Ehrgefühl im Offiziersstande zu erhalten.“

München, 5. Jan. Die „Allgemeine Zeitung“ meldet: Ein im Wortlaut dem kaiserlichen gleicher Erlaß des Prinzregenten vom 1. Januar 1897 setzt die neuen Bestimmungen über die militärischen Ehrenräthe auch für die baierische Armee vom gleichen Zeitpunkt an in Kraft.

Politische Tagesschau.

Danzig, 6. Januar.

Auf dem Börsenkriegsschauplatze

ist im wesentlichen alles beim Alten. Zunächst ist eine weitere Auflösung zu melden wie folgt:

Gleiwitz, 6. Jan. (Tel.) In Gegenwart des Regierungscommissars und unter großer Aufregung beschloß gestern ein großer Theil der Mitglieder der Börse die Auflösung der oberschlesischen Getreidebörse und die Bildung einer freien Vereinigung.

Die agrarisch-conservative Presse beschäftigt sich lebhaft mit der Frage, was nun eigentlich werden soll. Das Organ des Bundes der Landwirthe, die „**Deutsche Tagesztg.**“, nennt die Auflösung der Productenbörsen den „Kampf der Börsianer gegen Recht und Gesetz“ und verkündet, die Landwirthschaft werde den unter Führung des Bundes der Landwirthe begonnenen großen Kampf gegen die Ausbeutung der nationalen Arbeit durch die Börse bis zur gänzlichen Befreiung durchführen, schließlich aber erklärt sie: die Regierung werde „einfach“ mit der **Polizei** gegen sie **einschreiten** müssen. So „einfach“ scheint das nicht zu sein. Bisher wenigstens weiß die Regierung offenbar noch nicht, was sie thun soll. Die „**Kreuzztg.**“ weiß zwar ganz genau, was zu thun wäre, um der „Umgehung des Börsengesetzes“ ein Ende zu machen; aber daß die Regierung das nun auch thun werde, weiß sie nicht.

Auch die freiconservative „**Post**“ widmet der Auflösung der Productenbörsen eine Erörterung, die aber zu beweisen scheint, daß die Regierung nicht geneigt ist, sich in dieser Richtung so ohne weiteres der Führung des Bundes der Landwirthe unterzuordnen. Sie räumt zunächst ein, daß mit dem Vereinsgesetz den Versammlungen der Productenhändler nicht beizukommen sei, da Vereinigungen und Versammlungen zum Zwecke des Getreidehandels nicht unter die Bestimmungen des Gesetzes fielen. Ob die regelmäßigen Versammlungen der Getreide- und Spiritushändler als eine neue „Börse“ dem Börsengesetz unterworfen werden können, hält sie gegenüber dem Wortlaut des Gesetzes für „nicht unzweifelhaft“. Und Maßregeln der Regierung, an denen schließlich aus Rechtsgründen nicht festgehalten werden könne, d. h. die, sei es durch Verwaltungsgerichte, sei es durch die ordentlichen Gerichte, zurückgewiesen werden könnten, erscheinen ihr als „vom Uebel“.

Wenn das die im Handelsministerium herrschende Auffassung der Sache ist, so muß man anerkennen, daß Minister Brefeld nicht gewillt ist, ab irato gegen die „Börsianer“ vorzugehen. Vielleicht sind vorläufig die juristischen

---

Die Sonne.

Roman von Anton v. Perfall-Schliersee.

[Nachdruck verboten.]

65) (Fortsetzung.)

Ringelmann standen die Thränen im Auge, als er mit Treuberg anstieß, ja, er drückte im Stillen, alles Unrecht abbittend, das er, in Gedanken wenigstens, dem jungen Manne angethan, diesem in stummer Rührung die Hand, dann ging er mit offenen Armen auf seine Gemahlin zu und drückte tiefbewegt einen Kuß auf ihre Stirn.

„Vergieb, Ottilie, ich habe dich nie verstanden“, flüsterte er.

Das feine Antlitz der Aufsichtsräthin strahlte in neuer Jugend und seit langer Zeit zum ersten Male durchschütterte sie ein weiches Gefühl. Der glänzende Erfolg brach in diesem Kreise jeder Kritik die Spitze. Einzelne Bedenken verschwieg man, theils aus Courtoisie dem Gaste gegenüber, theils weil man dieselben überhaupt nicht so ernst nahm. Nur Frau Ottilie glaubte als Mitarbeiterin das Recht zu haben, sich mit der Tendenz und dem Milieu des Stückes nicht einverstanden zu erklären. Ein Dichter von so vornehmer Eigenart, wie sie sich ausdrückte, sollte doch seine Stoffe lieber der guten Gesellschaft entnehmen und sich von diesen schrecklichen „Jungen“, die die heiligsten, menschlichen Institutionen bekriteln und belächeln, möglichst fernhalten, und sie wurde darin von allen Damen unterstützt. Nach all diesen Blousenmännern und Marktweibern, diesen problematischen Figuren, dieser verdorbenen Sprache sehne man sich ordentlich wieder einmal nach reinen Genüssen.

„Wozu denn immer diese brennenden Fragen“, meinte ein alter Offizier, „die widerlichen Bilder des Elends, der Verkommenheit auf der Bühne? Der Mann aus dem Volke will erst recht, wenn er schon einmal sich einen Platz leistet, für Aug' und Herz etwas haben und dankt dem Dichter schlecht für eine ärmliche Stube, wie er eben eine verlassen. Dem Gebildeten, dem Wohlhabenden ist es ein widerlicher Anblick, dem er sich ganz nutzlos aussetzt.“

Alles stimmte ihm bei, nur Vetter Egon brach eine Lanze für den Realismus auf der Bühne. „Dieser Anblick soll uns eben aufrütteln aus unserer Lethargie des Zusehens, wie solche Verhältnisse noch immer fortbestehen können. Erzieherisch soll die neue Kraft auf uns wirken.“

Er sprach das alles mit der heitersten Miene und leerte dann das Champagnerglas bis auf den Grund wie zur Belohnung seiner großmüthigen Gesinnung.

Allgemeines Gelächter erhob sich, ein Funkenregen schlechter und treffender Witze prasselte auf den völlig unberufenen Vertheidiger. Ungebundene, harmlose Heiterkeit gewann rasch wieder die Oberhand über den fremden Ernst des Dialoges, der sich eingeschmuggelt hatte, und Treuberg war bald der Ausgelassenste, sprühte von Laune uud Humor. Es war wirklich eine Acquisition, die man festhalten mußte.

„Was war denn eigentlich mit dem Mädchen, das heute Abend ohnmächtig wurde?“ fragte plötzlich einer der Herren. „Haben Sie nichts mehr davon gehört, Herr Treuberg?“

Den Dichter berührte diese Frage wie kaltes Eisen, inmitten seiner Lustbarkeit.

Johanna sah ihn forschend an, das verwirrte ihn noch mehr.

„Ein momentanes Unwohlsein, nichts Ernstliches — wie mir wenigstens gesagt wurde.“

„Sie dürfen sich bei der Dame noch besonders bedanken“, bemerkte diese jetzt. „Sie hat die ganze Stimmung verdorben. Mir kam sie in diesem Augenblicke vor wie Ihr böser Genius, der den Sieg verscheuchen wollte mit seinem bleichen Medusenhaupt.“

Treuberg zweifelte keinen Augenblick mehr, daß Johanna seine Geliebte erkannt. Woher nur diese feindselige Stimmung gegen das arme Mädchen, das ihr nie etwas zuleide gethan, noch dazu heute an ihrem Verlobungstage, setzte er in einem sonderbaren Gedankengange hinzu. Es war jetzt Ehrensache für ihn, die Partei Barbaras zu nehmen.

„Da thun Sie dem armen Mädchen gewiß unrecht, wer weiß, welches Leid diesem Vorfall zu Grunde liegt.“

„Vielleicht eine gewisse Aehnlichkeit in dem Schicksal der Heldin zu dem eigenen . . . .“

„Wohl möglich!“ Treuberg wich dem Blick Johannas jetzt nicht mehr aus. — „Um so bedauernswerther wäre sie.“

„Mir kam sie so bekannt vor“, bemerkte Egon, „eine auffallend hübsche Person —.“

„Denk' einmal nach“, meinte ein Kamerad lachend.

„Aber, Kinder, laßt doch das arme Persönchen, irgend eine Ladenmamsell — Schwamm darüber!“

Mit diesen Worten beendigte Graf Leining die Debatte.

Treuberg stieg die Röthe tiefster Scham in das Gesicht über den verächtlichen Ton, der angeschlagen wurde. Schon lag ein Wort der Erklärung auf seinen Lippen, da traf ihn ein geradezu befehlender Blick Johannas und er schwieg. Wie sollte er denn auch in Gegenwart dieser Damen sein Verhältniß zu Barbara erklären. Dafür nahm er sich vor, bei der nächsten Gelegenheit mit Ringelmann über die Verkaufsangelegenheit zu sprechen. Sie ergab sich rasch, nachdem das Gespräch wieder auf dem Rennplatz angelangt, die Herren mit Cyclop und Epaminondas, Training und Totalisator, die Damen mit Toilette und Gesellschaftsfragen vollauf beschäftigt und somit Ringelmann sowohl als Treuberg mehr oder minder aus dem Gespräche gedrängt waren.

Der Dichter zog sich mit dem Aufsichtsrath etwas zurück und trug ihm den Walldorfer Fall vor. Er habe seinem früheren Hausherrn, dem Schmied Dorn, der sich ganz ohne sein Verschulden in einer argen Klemme befinde, versprochen, ein gutes Wort einzulegen. Ein Wink Ringelmanns und der Ankauf des unbedeutenden Objects sei perfect. Walldorf müsse ja doch über kurz oder lang in den Kreis ihrer Operation gezogen werden.

Doch der Amtmann machte ein bedenkliches Gesicht. „Walldorf! Das ist schlimm, sehr schlimm, wenn es irgend wo anders wäre! Die Richtung hatte man bis jetzt am wenigsten in's Auge gefaßt. — Ja, wenn der Gerheim nicht wäre, — wer zieht denn in ein Fabrikviertel. Sie wissen ja, wie gern ich Ihnen gefällig wäre, aber gerade am Anfang ist Vorsicht sehr nöthig. — Vielleicht daß mein Schwager“ — er rief Baron Sternau herbei und stellte ihm, ohne die Beziehungen Treubergs zu erwähnen, die Frage, [illegible] Erwerbungen in Walldorf halte.

Der Baron machte ein gar verschmitztes Gesicht. „Noch um ein halbes Jahr zu früh, Walldorf muß erst reif werden.“

„Wie meinst du das?“ fragte Ringelmann.

„Das ist sehr einfach. Sobald die Leute jede Hoffnung aufgeben, daß die Stadt an dieser Stelle den Strom überschreitet, werden sie um jeden Preis verkaufen. Sie müssen aber die Hoffnung aufgeben, sobald wir die neue Brücke eine halbe Stunde oberhalb schlagen, und wir werden sie dort schlagen. Die Genehmigung ist schon unterzeichnet.“

„Das heißt, Sie werden die Walldorfer unerbittlich ruiniren“, wandte Treuberg ein. Baron Sternau hatte eine rasche Auffassungsgabe und großes Anpassungsvermögen, der tadellose Cavalier hatte sich in wenigen Wochen in einen routinirten Geschäftsmann verwandelt, ja, er glich jetzt mit seinem ausrasirten Kinn, seinen Börsianerbewegungen einem raffinirten Unterhändler. Er zuckte, die Hände in den Hosentaschen, die Achseln.

„Was wollen Sie? Das ist Geschäft. Warum haben die Leute nicht früher verkauft, um einen Preis zu erzielen.“

„Dabei dürfte aber doch ein Umstand zu bedenken sein, lieber Schwager“, entgegnete Ringelmann, dem die Auseinandersetzung sichtlich nicht gefiel, „die volksthümliche Tendenz, welche dem ganzen Unternehmen zu Grunde liegt. Wir wollen ja doch den armen Leuten helfen, nicht sie ruiniren.“

„Nur keine Sentimentalität! Es giebt nur eine Tendenz für eine Actiengesellschaft — zu reüssiren! Es wäre doch ein Verbrechen unseren Actionären gegenüber, ein Object jetzt zu kaufen, das wir in einem halben Jahre um die Hälfte bekommen.“

„Das Sie in einem halben Jahre völlig werthlos gemacht haben, um es dann, sobald es in Ihrem Besitz ist, durch neue Machinationen wieder zu heben“, bemerkte Treuberg.

„Wer sagt Ihnen denn, daß uns dieses Heben gelingt, daß es uns gelingt, den Gerheim herauszubringen? Darum wird es sich nämlich allein handeln. — Gelingt es uns nicht — sind wir die Hereingefallenen. Das ist eben das Risico, das Sie ganz vergessen zu haben scheinen, mein Herr.“

Diese Sprache machte in dieser Umgebung, in welcher sonst so strenge Ehrbegriffe und chevalereske Anschauungen zu gelten schienen, einen verstärkt unangenehmen Eindruck auf Treuberg. Die aristokratischen Gefühle und Sympathien, die sich in ihm eben regten, erhielten einen bedeutenden Stoß. Der Baron sprach offenbar Gesinnungen aus, welche hier allgemeinen Anklang gefunden hätten.

„Und Sie ziehen wirklich diese zum mindesten aufregende Thätigkeit der Bewirthschaftung Ihres Gutes vor?“ fragte, unmuthig über seinen Mißerfolg, Treuberg.

„Sie verspricht zum mindesten etwas rentabler zu sein, man hat doch Verpflichtungen seinem Stande gegenüber“, war die Antwort Sternaus.

(Fortsetzung folgt.)

Erörterungen über die Frage, ob ein Einschreiten seitens der Verwaltung eine gesetzliche Unterlage haben würde, noch nicht abgeschlossen. Die ganze Frage hat ja neuerdings eine andere Gestaltung dadurch gewonnen, daß auch nichtpreußische Börsen sich dem Vorgehen der preußischen angeschlossen haben. Von der **braunschweigischen** ist das ja schon vor einigen Tagen gemeldet worden. Dazu ist nun **Mannheim** gekommen, wo gleichfalls die Getreidehändler der Börse fern geblieben sind, woraus man schließen muß, daß auch die badische Regierung Vertreter der Landwirthschaft in den Börsenvorstand zu entsenden beabsichtigt. Daß **Bremen** und **Hamburg** sich diesem Vorgehen nicht angeschlossen haben, ist selbstverständliche sie haben keinen Anlaß dazu, da die dortigen Senat; eine Beaufsichtigung der Börse durch Agrarier nicht für erforderlich gehalten haben, und sie sind obendrein diejenigen, die von der auf den preußischen Getreidemärkten herrschenden Verwirrung Nutzen ziehen werden. Die „Post" tröstet sich damit, daß die Börsenflucht vielleicht nicht von langer Dauer sein werde; wenigstens die Geschäftsleute, die die Einsicht „Unbetheiligter", nämlich der Agrarier in ihre Geschäfte nicht zu scheuen hätten, würden sehr bald des Lebens außerhalb des Schattens des „Giftbaumes Börse" müde werden. Es liegt darin eine Speculation auf die Uneinigkeit unter der auch von der „Dtsch. Tgsztg." festgehaltenen Fiction, daß die Declamationen über „kaufmännische Ehre" leere Phrasen seien, daß die „Jobber" unter sich sein wollten und daß „die Landwirthe nach wie vor über den Löffel barbiert werden sollen", wie die „Conservative Correspondenz", das officielle Fractionsorgan der Conservativen, sich heute geschmackvoll ausdrückt. Mit dergleichen Verdächtigungen, für die keine Beweise beigebracht werden und auch nicht beigebracht werden können, wird man die Verhältnisse nur noch weiter verbittern.

Die **„Conservative Corresp."** bringt übrigens noch eine ganz besondere Drohung hervor. Sie hält den Zeitpunkt für günstig, „den Uebermuth der Getreidespeculanten zu brechen", fordert „genossenschaftliches Vorgehen der Landwirthschaft unter Benutzung der Kornlagerhäuser", aber natürlich auch, wie die „D. Tagesztg.", Einschreiten der Regierung, und meint schließlich unter Hinweis auf die „ungewöhnliche Machtentwickelung eines angeblich dem Gemeinwohl dienenden, thatsächlich aber die Production beherrschenden Instituts":

> Es dürfte unter solchen Umständen wahrlich nicht wundernehmen, wenn der jüngst beiseitegelegte Antrag **Graf Kanitz** wieder actuell, ja, wenn er populärer würde als jemals. Denn durch die in jenem Antrage vorgeschlagenen Maßregeln würde die Macht der Getreidehändler in der That auf eine Weise gebrochen, wie dies auf anderem Wege kaum ermöglicht werden könnte. Ein Wunder wäre es also sicher nicht, wenn die Staatsregierung sich durch das Vorgehen der Getreidehändler dazu bestimmen ließe, den von ihr bis jetzt verworfenen Antrag Graf Kanitz mit günstigeren Augen anzusehen und auf seine Durchführbarkeit nochmals zu prüfen.

Indessen — „wir wollen hierzu die Initiative nicht ergreifen", fügt das conservative Fractionsorgan vorsichtig hinzu. Warum denn nicht? Doch wahrscheinlich, weil es selber weiß, daß ein solches Beginnen geradeso vergeblich wäre, wie früher, daß also diese Drohung mit dem Antrag Kanitz eben nirgendwo Eindruck machen kann.

Hamburg, 5. Jan. Der rechtsnationalliberale **„Hamburgische Correspondent"** schreibt: „Der agrarische Angriff auf die Börse und insbesondere auf die Productenbörse, der sich nicht bloß auf Beseitigung wirklicher oder vermeintlicher Uebelstände beschränkt, sondern eine feindselige Gesinnung gegen den Großhandel im ganzen zur Schau trägt, hat offenbar den Kaufmannsstand in seiner Gesammtheit zu einer energischen Abwehr veranlaßt. Durch die commerzielle Reaction gegen das Agrarierthum geht zugleich ein stark oppositioneller Zug. Ein sehr großer Theil unseres Kaufmannsstandes gehört politisch den Mittelparteien an. Auch hier aber überbrückt der gemeinsame berechtigte Gegensatz gegen die agrarischen Angriffe die politische Kluft zwischen dem nationalen, gemäßigten und radicalen Liberalismus. Und letzterer gewinnt bei der Schärfe der Bewegung und ihrer oppositionellen Richtung sicher an Einfluß. Daß angesichts des agrarischen Flügels der nationalliberalen Partei diese scharfe Strömung den Zusammenhalt der Partei stark auf die Probe zu stellen geeignet ist, wird schwerlich zu leugnen sein. Der schroffe Gegensatz zwischen dem Kaufmannsstand und dem Agrarierthum bedroht die staatserhaltenden Kräfte mit einer tiefen Spaltung, die ernste politische Gefahren nach sich ziehen kann, wenn man die Dinge noch weiter so forttreiben läßt, wie bisher. Soll dieser Gefahr vorgebeugt werden, so muß an der Stelle eingesetzt werden, wo der Zwiespalt ausgegangen ist: nicht der Handelsstand, sondern **das Agrarierthum hat ihn entfacht."**

Berlin, 5. Jan. Das Aeltesten-Collegium der Kaufmannschaft delegirte in seiner gestrigen Sitzung seine Mitglieder Sobernheim, Commerzienrath Schuett und Stadtrath Kochhann in den Vorstand der Productenbörse. Die Herren haben die Annahme der Wahl jedoch abgelehnt.

Es ist in Anregung gebracht worden, einen **Delegirtentag der deutschen Productenbörsen** zur gemeinsamen Berathung der durch das Börsengesetz geschaffenen Situation einzuberufen.

*

Das von uns mitgetheilte Schreiben des Herrn Rittergutsbesitzers Jordan hat Herr Commerzienrath Schütt-Berlin unter dem 4. Januar wie folgt beantwortet:

> Neben anderen anerkennenden Kundgebungen hat mir Ihre freundliche Zustimmung zu unserem nothgedrungenen Schritte bewiesen, daß wir richtig handelten, um den gemeinen Unterstellungen entgegenzutreten. Möchten wir uns nur mehr thatkräftiger Hilfe bei anständig denkenden Männern erfreuen!

Deutsches Reich.

Berlin, 6. Jan. Ueber die **Handwerkervorlage** theilt die „National-Ztg." mit: Die Angelegenheit steht jetzt so wie vor einigen Wochen. Preußen und Sachsen haben sich im Bundesrathsausschusse für Zwangsinnungen, Württemberg und Baden für Freiheit erklärt, Baiern ist für eine Entscheidung durch die Mehrheit der Genossen des einzelnen Handwerkes in den betreffenden Bezirken. Eine Verständigung ist zur Zeit nicht sehr aussichtsvoll.

— Gestern fand hier eine von ca. 2000 Personen besuchte **Protestversammlung** gegen die polizeilichen Bestimmungen der **äußeren Heilighaltung des Sonntags statt.** Referenten waren Director Vogt, der Landtagsabgeordnete Großdestillateur Max Schulz-Berlin (freis. Volksp.) und der Stadtverordnete Baurath Kyllmann. Es wurde eine Resolution gegen die betreffenden Verordnungen fast einstimmig angenommen.

* **Zum Duell Wangenheim-Uexküll** wird der „Magdeb. Ztg." noch Folgendes berichtet: „Die Duellgesellschaft traf auf dem freien Felde, das zum Ort des Zweikampfes bestimmt war, einen Gendarmen, der seiner Pflicht gemäß alles versuchte, die That zu verhindern. Allein er sah sich ohnmächtig den anwesenden höheren Offizieren gegenüber, die über seinen Einspruch hinweggingen und die Verantwortung zu übernehmen erklärten. Da die Gendarmerie nicht dem Kriegsministerium, sondern dem Ministerium des Innern untersteht, ist man begreiflicherweise im Ministerium des Innern von diesem Hergang wenig erbaut. Was die Bestrafung der That betrifft, so genießt Herr v. Wangenheim als Beamter der preußischen Gesandtschaft die Rechte der Exterritorialität, der Premierlieutenant Graf Uexküll-Gyllenbandt untersteht der Militärgerichtsbarkeit: den bürgerlichen Gerichten sind also beide entzogen."

* **Criminalcommissar v. Tausch,** der noch immer im Flügel C des Moabiter Untersuchungsgefängnisses sitzt, darf sich selbst verpflegen und eigene Kleider und Wäsche tragen. Seine Gattin hat ihn bisher noch nicht besuchen können, doch hat er bereits mehrere Briefe schreiben dürfen, die seine bestimmte Zuversicht ausdrücken, daß er freigesprochen wird. (?)

Hamburg, 5. Jan. Zur Unterstützung der **Streikenden** wurden heute 162 000 Mark ausbezahlt. Die Gesammtsumme beläuft sich mit dieser sechsten Zahlung auf rund eine Million.

Leipzig, 6. Jan. Auf Veranlassung des preußischen Ministeriums ist durch Vermittelung des sächsischen Ministeriums seitens der sächsischen Gewerbekammer eine **Enquete** über die **Bernsteinfabrication in Leipzig,** namentlich über das Ambroid (Imitation oder Preßbernstein) veranstaltet worden.

England.

Melbourne, 6. Jan. In Folge gegenseitiger Zugeständnisse ist hier gestern der **Ausstand** zwischen den Schiffseigenthümern und den ausständigen Maschinisten beigelegt worden. Die Maschinisten nahmen die Arbeit sogleich wieder auf. In einer nachfolgenden Unterhandlung sollen die endgiltigen Bedingungen festgesetzt werden

Versammlung von Bernstein-Interessenten.

Danzig, 6. Januar.

Zu einer Besprechung über die Interessen der Bernsteinindustrie in unserer Stadt hatte sich, wie schon kurz bemerkt, gestern auf eine Einladung des Vorsitzenden der hiesigen Bernsteindrechslerinnung Herrn **Jaglinski** eine größere Anzahl hiesiger Bernsteinfabrikanten, -Drechsler und -Arbeiter im Gesellschaftshause versammelt. Die Debatte nahm einen angeregten Verlauf. Von Gästen wohnten der Versammlung u. a. Herr Regierungsrath **Trilling** und Herr Reichstagsabgeordneter **Rickert** bei. Der Vorsitzende Herr **Jaglinski** eröffnete die Versammlung und verlas folgende Fragen, die zur Discussion gestellt waren:

1. Ob das Bedürfniß anzuerkennen ist, in der bisherigen Art der Nutzung des Bernsteinregals in Ostpreußen Aenderungen eintreten zu lassen, und in welchen Richtungen diese Aenderungen sich eventuell bewegen sollen.
2. Ferner wird zu erörtern sein, ob es, falls das Bernsteinregal auch fernerhin durch Verpachtung nutzbar gemacht werden soll, nothwendig und praktisch durchführbar ist, dem künftigen Pächter vertragsmäßig besondere Verpflichtungen im Interesse der inländischen Bernsteinwaaren-Industrie aufzuerlegen.

Herr **Rickert** ergreift zunächst zu einigen einleitenden Bemerkungen das Wort. Die Versammlung sei auf seinen Wunsch einberufen worden, um die Wünsche der hiesigen Bernsteininteressenten zu hören. Bekanntlich hätte Herr Geheimrath Becker seinen Vertrag mit der Regierung gekündigt, und derselbe laufe Ende dieses Jahres ab. Es handele sich nun in erster Reihe um die Frage, ob die bisherigen Verhältnisse der Bernsteinindustrie, namentlich das Verhalten der Firma Becker, derartige Uebelstände gezeitigt hätte, daß es erwünscht sei, daß die Beziehungen zu der Firma Becker nicht erneuert würden. Redner ersuchte die Anwesenden, nach Maßgabe ihrer Erfahrungen und ihrer Verhältnisse diese Frage zu beantworten. Es werde namentlich darüber geklagt, daß die Firma Becker dem Einen die Lieferung von Bernstein zugestehe, dem Anderen verweigere. Einer der vorgeschlagenen Wege sei nun der, daß der Staat selber das Regal ausübe, den Bernstein fördere und daß sich neben dem Staat eine Gesellschaft bilde, welche das vom Staat geförderte Material übernehme und verkaufe. Er ersuche die Anwesenden, ihre persönliche Meinung zu äußern, wie die etwaigen Uebelstände am besten beseitigt werden könnten. Die Debatte nahm dann folgenden Verlauf:

Herr **Witzki** hob hervor, daß die Art und Weise, wie gegenwärtig die Firma Becker die Bernsteinförderung und den Handel betreibe, nicht ein Ausbau, sondern ein Raubbau sei; sie bedenke mit dem gewonnenen Bernstein in erster Reihe das Ausland und schädige dadurch die einheimischen Fabrikanten. Die Ausfuhr des Bernsteins müsse durch einen Zoll erschwert werden, ebenso auch die Imitation. Für eine staatliche Monopolisirung des Bernsteins könne er sich nicht erwärmen, denn es sei schließlich egal, ob man von Becker gebraten oder von der Regierung geschmort werde.

Herr **Jaglinski** war der Ansicht, man möge den Imitateuren 60—80 Proc. Aufschlag auf den Tagespreis auflegen, nur nicht wie bisher ein Verbot für die Fabrikanten fordern, an die Imitateure, Rohbernstein zu liefern, sondern vielmehr den Imitateuren verbieten, von den Bernsteinwaaren-Fabrikanten Rohwaare zu kaufen.

Nachdem Herr **Rickert** darauf hingewiesen hatte, daß ein solches Verbot nicht durchzuführen sei, da man doch nicht neben jeden Fabrikanten, der Rohmaterial an einen Imitateur verkaufen wolle, einen Polizisten stellen könne, beleuchtete Herr **Chaskel** (Reddig, Stellmacher u. Co., Imitationsfabrik) noch einmal das Verfahren der Firma Becker, welche an denjenigen kein Rohmaterial verkaufe, von dem sie voraussetze, daß er es an Imitateure weiter verkaufe. Er verarbeite hauptsächlich Becker'sches Sortiment, wäre aber gezwungen, seinen Bedarf aus Paris, London, Amsterdam oder Triest zu beziehen und denselben so aus zweiter und dritter Hand viel theurer zu bezahlen, da Becker ihm keinen Bernstein direct verkaufe.

Herr **Barth** wies darauf hin, daß, so angenehm die Firma Becker auch im geschäftlichen Verkehr sein möge, sie doch die Schuld an der Versumpfung der Bernstein-Industrie trage, sie verkaufe nur an Leute Bernstein, die denselben selbst verarbeiteten und nicht an andere weiter lieferten; aber die Existenzberechtigung zwinge die Fabrikanten, da die Preise für fertige Waare so bedeutend heruntergegangen seien, zum Weiterverkauf des Rohbernsteins, weil der kleine Bernstein erheblich vertheuert sei, seitdem derselbe auch zur Imitation verwendet werde. Das Unsittliche, das durch diese Handlungsweise der Firma Becker in das Gewerbe getragen würde, müsse aus dem Bernsteingewerbe heraus; der Fabrikant müsse mit dem gekauften Rohmaterial machen können, was er wolle.

Herr **Witzki** machte noch einmal seine Forderung, auf die Ausfuhr des Rohbernsteins und Ambroids nach dem Auslande einen Zoll zu legen, geltend und Herr **Raschke** wies darauf hin, wie die Bernsteinfabrikanten geradezu jetzt als Diebe behandelt würden und nicht wie Bürger; er habe seine Waaren mehrfach einer Controle unterwerfen und dem Controleur sogar sein verschlossenes Spind öffnen müssen.

Herr **Westphal**-Stolp, der Gegner im Stolper Prozeß gegen die Firma Stantien u. Becker, schloß sich im wesentlichen den Ausführungen seiner Vorredner an. Den beiden Imitationsfabriken in Danzig und Stolp verweigere Becker die Lieferung von Rohbernstein, während die Wiener Imitationsfabrikanten denselben in jeder beliebigen Menge erhielten. Ihn habe der bekannte Becker'sche Imitationscontract schließlich zur Abfassung seiner Broschüre und damit zu dem Prozeß geführt. (Redner verliest den Contract.) Die Firma Becker fabricire täglich 100—150 Imitationsplatten und verkaufe dieselben per Stück mit circa 25 Mk., was jährlich etwa eine Einnahme von 500 000 Mark bedeute; es werde an den Platten ungefähr 200 Proc. verdient. Das Rohmaterial zur Herstellung dieser Imitationsplatten, welches die kleinen Drechsler hauptsächlich zur Herstellung ihrer Fabrikate gebrauchen, werde auf diese Weise ihnen entzogen und erheblich vertheuert.

Herr **Fenski** vertrat die Ansicht, daß die Imitation im Interesse der Bernsteinindustrie ganz aufhören müsse, da sie dieselbe schwer schädige; er müsse die Regierung bitten, hierauf ihr Augenmerk besonders zu lenken, mindestens müsse die Imitation erschwert werden. — Herr **Schwalm** erklärte dagegen, daß die Imitation der Industrie keinen Schaden brächte, weil der kleine Mann auf diese Weise im Stande wäre, für billiges Geld wenigstens eine Bernstein-Nachahmung zu erwerben. — Herr **Mierau** sieht den Grund für das Zurückgehen der Bernsteinindustrie darin, daß Becker dem Auslande unter günstigeren Bedingungen liefere wie den Einheimischen. Er bitte die Regierung, einen Ausfuhrzoll auf Rohbernstein und Ambroidplatten zu legen. Er hoffe von einer Ausnutzung des Regals im Staatsbetriebe nur Günstiges.

Herr **Zausmer** jun.: So lange es Bernstein gäbe, werde es auch Ambroid geben und hierfür wäre es auch ganz gleichgiltig, ob die Bernsteingewinnung in Händen der Regierung, der Firma Stantien u. Becker oder sonst jemandes sei. Die Danziger schädige die Ambroidfabrikation gar nicht, höchstens indirect dadurch, daß die kleine Waare vertheuert würde. Wäre der Rohbernstein billiger, würde die Industrie noch mehr heruntergehen. Nicht die Rohwaare sei zu theuer, sondern die fertige Waare zu billig. Von einer Veränderung des Besitzers könne er sich nichts versprechen; was nütze ein anderer Besitzer? Was wir hätten, wüßten wir; was wir bekommen, wüßten wir nicht. Jetzt liege der Bernsteinhandel wenigstens in einer kundigen Hand.

Herr **Barth** sagte, Rohstein sei durch die Ambroidfabrikation um 100 Procent theurer und das Sortiment schlechter geworden und betont nochmals, daß die Tyrannei der Firma Becker aus der Welt geschafft werden müsse. — Herr **Westphal** erwartet dadurch eine Besserung, daß Stantien u. Becker Concurrenz bekommen; dieses wäre schon einmal gewesen, als die Firma Simon Schneider auch ein Bergwerk gehabt hätte. — Herr **Chaskel** sagt, wer Bernstein verarbeitet, muß auch Ambroid verarbeiten; alle Sachen aus Bernstein könnten auch aus Ambroid hergestellt werden.— Herr **Perlbach** erwidert, daß sich aus Ambroid nur bestimmte größere Sachen machen ließen. Die Danziger Drechsler arbeiteten hauptsächlich nur kleine Perlen resp. Schmucksachen, die aus Ambroid des hohen Preises wegen nicht hergestellt werden könnten.

Herr **Rickert** wies darauf hin, daß die Ansichten sowohl über die Ambroidfabrikation wie über die Mittel zur Abhilfe der hierdurch event. geschädigten Bernsteinindustrie auch hier sehr auseinandergingen. Die Vorschläge bezüglich der Zölle seien z. Z. mit Rücksicht auf unsere handelspolitischen Beziehungen unausführbar; Rußland, über dessen Concurrenz die Danziger so klagen, hätte für das Rohmaterial einen Einfuhrzoll. In der Conferenz über den Bernsteinhandel im Vorsteheramt der Kaufmannschaft hätte man sich beinahe einstimmig gegen einen Staatsbetrieb ausgesprochen.

Herr Regierungsrath **Trilling** betonte, daß die Regierung sehr wohl im Stande sei, das Bernsteinmonopol in eigene Verwaltung zu nehmen und wies auf die Erfolge hin, welche die Regierung in der Förderung der Kohlen und Erze sowie der Porzellanfabrikation aufzuweisen habe. Bei den durch ihn vorgenommenen Vernehmungen der Gewerbetreibenden sei von einer Seite der Vorschlag gemacht worden, der Staat möge die Gewinnung und Sortirung des Bernsteins einschließlich der Ambroidfabrikation betreiben und den Verkauf einem kaufmännisch geleiteten Unternehmen überlassen, wie das bezüglich der Kohle und Erze auch geschähe. Die Interessen der inländischen Industrie könne er dadurch fördern, daß er derselben den directen Bezug vom Lager des Staates gestatte. Wenn er Ambroid dann zu einem Preise in den Handel brächte, der dem wahren, inneren Werthe des Materials entspräche, also etwa 100—200 Proc. niedriger sei als der jetzige, so höre für die Ambroidfabriken die Möglichkeit auf, von den kleinen Gewerbetreibenden zu kaufen, weil sie keine höheren Preise anlegen können, als diese selber zahlen. Den kleinen Gewerbetreibenden könne der uneingeschränkte Bezug des Rohmaterials dann ermöglicht werden, wenn die dem Interesse des Rohmaterialproducenten zuwiderlaufende Verwendung aufhöre. Die aus Ambroid hergestellten Waaren müßten gekennzeichnet werden, damit sie der echten nicht Concurrenz machen. Dieser Vorschlag sei der Erörterung werth.

Herr **Perlbach** erwiderte darauf, daß wenn das Ambroid zu 20 Mark verkauft werde, die ganze Bernstein-Industrie erst recht ruinirt würde, denn hierdurch würde der große Stein werthlos gemacht und kein Mensch würde mehr eine Bernsteinspitze oder Perle kaufen. Er sei der Ansicht, daß eine beschränkte Imitationsfabrikation nichts schade, jedoch nur so lange, als das Ambroid Preis halte. Ferner wäre es ihm interessant zu erfahren, wie Herr Westphal sich die gewünschte Concurrenz denke. Entständen neben Becker z. B. noch zwei Firmen, so würde entweder eine die andere durch Unterbietung der Preise todt machen oder alle drei würden einen Ring bilden und man stände auf demselben Status wie heute. Redner giebt zu, daß der Staat wohl im Stande sei, die Förderung d. h. also die technische Seite ebenso gut zu besorgen wie Stantien und Becker, aber ob der Staat auch im Stande sei, die kaufmännische Seite ebenso zu behandeln, bezweifle er sehr, da der Staat wohl über vortreffliche technische Beamte unbedingt verfüge, nicht aber über die geeigneten, kaufmännisch hinreichend geschulten Kräfte. Jedenfalls müsse, wenn ein Staatsmonopol entstehe, ein Kaufmann an der Spitze des Unternehmens stehen.

Herr Regierungsrath **Trilling** bemerkte, daß der ihm unterbreitete Vorschlag dahin ging, daß der Staat den Bernstein einer Bernstein-Verwerthungsgesellschaft im Falle eines Monopols übergeben sollte, daß die einheimischen Industriellen aber den Vorzug haben sollten, direct vom Staat zu kaufen.

Herr **Chaskel** steht ganz auf dem Standpunkt des Herrn Perlbach und ist auch der Ansicht, daß durch eine Verbilligung des Ambroids die Industrie ruinirt würde. Ambroid verarbeitet sich sehr gut. — Herr **Mierau** verlangt, daß das Ambroid hier verarbeitet werden soll und daß das Ausland nur fertige Waare und kein Rohmaterial erhält. — Herr **Chaskel** sagt, daß Becker in seiner Wiener Ambroidfabrik 160 Leute beschäftigt, ferner liefere Becker das Rohmaterial für unsere Drechsler nicht an diese, sondern an die Polanger Fabrikanten. (Rußland.) — Herr **Westphal** weist noch darauf hin, daß die von Becker in Wien hergestellten Spitzen und Ansätze uns in England Concurrenz machen. — Herr **Gompelsohn** erklärt sich gegen das Staatsmonopol und ist für Beibehaltung der Firma Stantien und Becker. — Herr **Mierau** verlangt, daß auch das Comtoir der Firma Stantien u. Becker controlirt und das Rohmaterial nach dem Auslande theurer verkauft werde. — Herr **Barth** betont nochmals, daß er nur aus der von der Firma Becker geschaffenen Zwangslage herauskommen wolle und zu diesem Zweck eine Concurrenz für geeignet erachte.

Nach einigen rein persönlichen Bemerkungen schloß der Vorsitzende Herr Jaglinski die mehrstündige Versammlung.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 6. Januar.

Wetteraussichten für Donnerstag, 7. Jan., und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Wärmer, wolkig, trübe, Niederschläge. Starke Winde.

* **Stadtverordnetensitzung** am 5. Januar. Die Sitzung wird von deren bisherigen Vorsitzenden Herrn Steffens eröffnet; das Magistrats-Collegium ist vollzählig und im Galaanzuge anwesend.

Nachdem der Vorsitzende seinen schon erwähnten Druckbericht über die Geschäfte der Versammlung im Jahre 1896 vorgelegt, die Liste der wiedergewählten und neugewählten Stadtverordneten mitgetheilt und seinen Stellvertretern und den übrigen Mitgliedern des Bureaus für ihre Unterstützung, der Versammlung für die ihm gewährte Nachsicht gedankt hat, übergiebt derselbe den Vorsitz an das älteste Mitglied der Versammlung Herrn Dr. **Piwko**, der zunächst Herrn Steffens für die sachgemäße unparteiische Leitung der Geschäfte dankt, worauf die Einführung und Verpflichtung der neuen Stadtverordneten durch Herrn Ersten Bürgermeister **Delbrück** mit einer kurzen, von der Versammlung mit lebhaftem Bravo aufgenommenen Rede erfolgte. Die Mehrzahl der aus den letzten Wahlen hervorgegangenen Stadtverordneten seien alte vertraute Freunde und Mitarbeiter, die der Magistrat mit Freude wieder auf ihren Plätzen sehe. Wir werden wie bisher mit gegenseitigem Verständniß, in Friede und Eintracht weiter arbeiten; er heiße zunächst diese bewährten Mitarbeiter herzlich willkommen. Aber auch die neu eintretenden Mitglieder seien als Männer von Arbeitsfreudigkeit bekannt, sie seien durch das Vertrauen ihrer Mitbürger auf ihre Fähigkeiten zur Wirksamkeit im Dienste der Commune berufen; er hoffe, sie würden die Lücken, welche durch den Abgang bewährter Mitglieder entstanden, voll und würdig ausfüllen, sie würden ihr Amt hier unparteiisch und mit ernster Hingabe ausüben. Doch noch etwas wolle er ihnen an's Herz legen. Das sei die Tradition, die wohl nirgend eine so hohe Bedeutung habe, als im communalen Leben. Nicht das geschriebene Gesetz, nicht der Buchstabe des Gesetzes ist es, was der Selbstverwaltung die Kraft giebt, der Geist des Gesetzes sei das belebende und leitende Element. Er habe noch nicht lange die Ehre, an dieser Stelle zu stehen, was ihn aber schon in dieser kurzen Zeit stets besonders gefreut habe, das sei die Wahrnehmung, wie würdevoll hier die Tradition geübt werde, die schöne Art, wie die Stadtverordneten-Versammlung ihre Würde wahre, die vornehme Sachlichkeit, welche ihre Verhandlungen auszeichne. Er habe hier die Erzählungen der alten Danziger lebendig bestätigt gefunden. Das sei imponirend und nicht etwas Vorübergehendes, sondern etwas für diese Versammlung Immanentes. Auch im Kampfe solle nur die Waffe der sachlichen Argumentation gebraucht werden. Die städtische Selbstverwaltung sei die älteste Selbstverwaltung und wesentlich die Tradition habe mit zu ihrer Festigkeit beigetragen. Er bitte auch die neuen Stadtverordneten dahin zu wirken, daß wir diese von unseren Vorfahren uns überkommene Würde und damit das Ansehen unserer Selbstverwaltung wahren.

Zum ersten Vorsitzenden der Versammlung wird darauf Herr **Steffens** mit 51 von 58 abgegebenen Stimmzetteln (5 unbeschrieben) wiedergewählt. Dr. **Piwko** übergiebt ihm den Vorsitz und begrüßt ihn, der 17 volle Jahre sein Amt verwaltet habe und der für diesen Platz durch sein Wissen, seine gesammelten Erfahrungen und durch seine stets bewiesene Unparteilichkeit besonders geeignet sei, und wünscht dann dem neuen Vorsitzenden, der als solcher gewissermaßen seinen 18. Geburtstag feiere, in launiger Weise einen starken Arm für die Handhabung des zur Ruhe und Aufmerksamkeit mahnenden Hammers, den er nec temere, nec timide gebrauchen möge, und daß sein Kehlkopf stets frei von acuten und chronischen Affectionen bleiben möge, damit es ihm immer gelinge, die akustischen Schwierigkeiten des Saales zu überwinden.

Herr Stadtverordneten-Vorsteher **Steffens** bringt zunächst dem Alterspräsidenten seinen und der Versammlung Dank dar und begrüßt dann auch seinerseits die neuen Stadtverordneten. Die Zeit, in welcher sie in die städtische Verwaltung eingetreten seien, verlange die volle und unentwegte Arbeit derselben. Das Communalschiff habe zwar einen neuen Steuermann an Bord, dem wir Vertrauen schenkten und den wir unterstützen wollen, aber seine Kraft allein genüge nicht, jeder müsse sorgsam helfen, das Schiff flott zu erhalten. Es sei ja leicht, eine oberflächliche Popularität zu erlangen, aber das sei nicht unsere Sache, wir müßten nur das Wohl der Stadt im Auge haben und vor allen eine strenge Sparsamkeit üben. Aber eine weise Sparsamkeit, nicht Geiz, denn die nothwendigen Forderungen müßten erfüllt werden, da Stillstand für eine Commune Rückschritt sei. Zu gedeihlichem Fortschritt sei aber besonders die Eintracht der städtischen Körperschaften in sich wie miteinander erforderlich, deren Pflege er den neuen Mitgliedern besonders an's Herz lege, eingedenk des Danziger Wahlspruches: durch Ein-

tracht wachsen kleine Dinge, durch Zwietracht zerfallen die größten.

Mit je 53 von 58 abgegebenen Stimmen werden zum ersten resp. zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden die Herren **Damme** und **Berenz**, einstimmig zum besoldeten Protokollführer Herr Stadtsecretär **Morawski**, zum Schriftführer Herr **Münsterberg**, zu Ordnern die Herren **Dinklage** und **Poll** wiedergewählt, zu Mitgliedern des Wahlausschusses die Stadtverordneten Berenz, Damme, Davidsohn, Hybbeneth, Klein, Dr. Piwko, Steffens und Weiß wiedergewählt, die Stadtverordneten Gibsone und Münsterberg neugewählt.

Nach Kenntnißnahme von dem Bericht über die Revision des städtischen Leihamts vom 18. Dezember genehmigt die Versammlung dann die Verpachtung der Fischereinutzung auf zwei Revieren der todten Weichsel unterhalb der Plehnendorfer Schleuse für die bisherigen Pachtbeträge von 25 resp. 35 Mk. und die Verpachtung des Kämmerei-Vorwerks Grebinerwald auf 18 Jahre an den Meistbietenden, Landwirth Max Ziepp in Pelplin (früher Besitzer von Adl. Liebenau) für jährlich 6200 Mk., ca. 2000 Mk. weniger als bisher; ferner die Uebertragung der Pacht der Parzelle 18 zu Bürgerwiesen (für 2005 Mk. verpachtet) von der Wittwe Koslowski auf ihren Sohn Johannes.

Im Jahre 1891 sind von der Stadt bekanntlich die Grundstücke Rittergasse 14/15, am brausenden Wasser 8 und Karpfenseigen 27 für zusammen 83 000 Mk. angekauft worden, um über dieselben eine Verbindungsstraße von der Burgstraße bis zur neuen Kalkort-Brücke zu führen. Bis zur Ausführung dieses Projects wurden sie für jährlich 3715 Mk. an die Firma Ludwig Zimmermann Nachf. vermiethet, jedoch für die Straßendurchlegung die nöthigen Rechte vorbehalten und es sollte dann der Miethsbetrag entsprechend dem verbleibenden Rest bemessen werden. Inzwischen hat sich das Bedürfniß herausgestellt, das Ufer in größerer Breite herzustellen, als damals vorgesehen war, so daß nach der Herstellung der neuen Straße und des neuen Ufers dem Restgrundstück nur eine Straßenfront von 19 Qu.-Metern verbleibt. Mit Rücksicht hierauf beantragt der Magistrat, aus Billigkeitsrücksichten den von der Firma Zimmermann Nachf. für das Restgrundstück vertragsmäßig zu entrichtenden Zins von 1158 Mk. auf 580 Mk. jährlich für die noch etwa fünfjährige Miethsperiode herabzusetzen. Herr Stadtverordneter **Schmidt** wendet sich gegen die Vorlage, es liege kein Grund vor, dem bisherigen Pächter Vergünstigungen zu erweisen, auch fordere die öffentliche Meinung, daß die städtischen Grundstücke zu öffentlicher Ausbietung gestellt würden. Er stelle deshalb den Antrag, den Antrag des Magistrats abzulehnen, den Vertrag zu kündigen und den Lagerplatz zur öffentlichen Ausbietung zu bringen. Denselben Standpunkt vertritt Herr Dr. **Lehmann**, der einen Grund, dem Pächter entgegen zu kommen, nicht finden kann. Deshalb habe keiner Einbuße erlitten. Die städtische Verwaltung habe keine Veranlassung, auf eine Mehreinnahme zu verzichten und die öffentliche Meinung, welche eine Ausbietung verlange, sei doch auch etwas werth. Herr Stadtrath **Ehlers** giebt eine eingehende Darstellung der ganzen Angelegenheit. Von der Firma Zimmermann sei, nachdem ein Kaufgebot derselben abgelehnt worden, für die alten Gebäude eine Pachtsumme gezahlt worden, welche 4½ Procent des von der Stadt gezahlten Kaufpreises ausgemacht habe. Als im Jahre 1891 der Vertrag abgeschlossen worden sei, sei dem Pächter ein von der Stadtverordneten-Versammlung genehmigter Bebauungsplan vorgelegt worden, welcher das für die geplante Straße erforderliche Terrain aufwies. Nunmehr sei der Plan geändert worden und zu der jetzt projectirten Straße werde so viel Terrain gebraucht, daß nunmehr der Lagerplatz nur die Hälfte von dem Terrain umfaßt, welches 1891 vorgesehen war. Es entspreche richtigen kaufmännischen Grundsätzen, wenn die Stadt gegen die Firma coulant sei. Denn wenn dieselbe im Jahre 1891 die heutigen Verhältnisse gekannt hätte, würde der Vertrag nicht zu Stande gekommen sein. Uebrigens bezweifle er, daß bei einer öffentlichen Ausbietung eine höhere Pachtsumme herauskommen werde. Bezüglich der Betonung der öffentlichen Meinung macht Herr Ehlers die Vorredner darauf aufmerksam, daß die öffentliche Meinung nicht nur die **einer** Partei sei. Die öffentliche Meinung ist ein Ding, das in allen Parteien herrscht, und was in diesem Falle die Meinung einer Partei verlange, werde in anderen vielleicht als hart und uncoulant aufs schärfste mißbilligt werden. Für den Magistratsantrag sprechen dann noch die Herren **Berenz**, **Dinklage**, **Wanfried** und **Damme**. Herr Wanfried meint, man habe hier eine Kritik der öffentlichen Meinung nicht zu scheuen; solle die Stadtverwaltung von sich sagen lassen, daß sie Gewalt vor Recht ergehen lasse? Herr **Damme** betont ebenfalls die Pflicht der Stadt, hier Billigkeitsgründe walten zu lassen. Vertragsschließungen gingen fast immer mündliche oder schriftliche Verhandlungen voraus, welche den Sinn der Verträge bildeten. Hierauf komme es an, nicht auf den Buchstaben des Vertrages, der in diesem Falle allerdings ein rigoroses Recht gebe, das aber dem, was man bei Abschließung des Vertrages beabsichtigte, nicht entspreche, denn der damals festgesetzte Miethszins von 1158 Mk. sollte für eine Fläche gelten, die doppelt so groß war als die jetzt verbliebene. Er bitte die Gegner, einmal zu erwägen, was sie empfinden würden, wenn sie sich an der Stelle der Firma Zimmermann befänden. Die Stadt handle hier nicht anders wie jeder nur einigermaßen coulante Kaufmann. — Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Schmidt, Dr. Lehmann und Ehlers zieht Herr Schmidt seinen Antrag zurück und es wird der Magistrats-Antrag fast einstimmig angenommen.

Herr Otto Münsterberg hat dem Magistrat mitgetheilt, daß er nach dem Muster des Mädchenhortes des Vereins „Frauenwohl" hier einen **Knabenhort** für die außerhalb der Schulzeit sich unbeaufsichtigt umhertreibenden Schüler einzurichten beabsichtige. Auf Antrag des Magistrats bewilligt die Versammlung dazu zwei parterre gelegene Zimmer in dem Schulhause in der Baumgartschen Gasse nebst Heizung auf Kosten der Stadt.

In Folge der außerordentlich gewachsenen Geschäfte der Gas-, Wasserleitungs- und Canalisationsbetriebe und der technischen Arbeiten derselben wird die Anstellung eines **Ingenieurs**, der Hrn. Director Kunath dabei zur Seite stehen soll, mit 3000 Mk. Jahresgehalt beschlossen.

Nächster Gegenstand der Verhandlungen ist die Feststellung des städtischen Finanzplanes pro 1897/98. Der Magistrat legt dazu folgenden Entwurf vor:

Nach dem Stadthaushalts-Etat für das laufende Etatsjahr 1. April 1896/97 sollten aufgebracht werden durch 182 Proc. der vom Staate veranlagten Grund- und Gebäudesteuer, 160 Proc. der Gewerbesteuer und 188 Proc. Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer sowie durch die Wohnungssteuer insgesammt 2 266 040 Mk. Es sind dabei von der Wohnungssteuer (180 000 Mk.) 35 000 Mk. mit 21 Procent auf die Gewerbesteuer und 145 000 Mk. mit 24 Procent auf die Gemeinde-Einkommensteuer angerechnet, so daß die Realsteuern mit 182 Procent, die Einkommensteuer mit 212 Procent belastet worden sind. Was den Steuerbedarf für das Jahr 1897/98 betrifft, so hat sich bei der im Gange befindlichen Etatsaufstellung ergeben, daß u. a. mit den folgenden Mehraufwendungen gerechnet werden muß: allgemeine Verwaltung 50000 Mk., Schulverwaltung 30000 Mk., Armenwesen 10 000 Mk., Krankenhäuser 36 000 Mk., Feuerwehr und Straßenreinigung 39 000 Mk., rund 165 000 Mk. Dem steht gegenüber ein voraussichtlicher Minderaufwand beim Ordinarium des Baueiats von 26 500 Mk. und bei der Verzinsung und Tilgung der aus dem Kapital-Ansammlungsfonds zu Schul- und Brückenbauten entnommenen Vorschüsse von rund 18 500 Mk.; bleiben mehr 120 000 Mk. Hiervon werden voraussichtlich gedeckt werden durch Mehrüberschüsse der Wasserleitung und Canalisation rund 13 000 Mk., der Gasanstalt 2500 Mk., des Schlacht- und Viehhofes 72 000 Mk., bleiben als Mehrbedarf 32 500 Mk. Dazu treten aber noch die 75 000 Mk., welche zum Ausgleich des Etats für 1896/97 aus dem Betriebsfonds der Kämmereikasse zu entnehmen sind. Der Bedarf für 1897/98 stellt sich mithin auf 2 373 540 Mk. Um den Steuervertheilungsplan für das nächste Etatsjahr festzustellen, ersuchen wir die Stadtverordneten-Versammlung um ihre Zustimmung, daß im Etatsjahre 1897/98 erhoben werden: 182 Proc. Grund- und Gebäudesteuer = 684 300 Mk., 144 Proc. Gewerbesteuer = 237 600 Mk. und 38 Proc. als Wohnungssteuer = 63 000 Mk., zusammen 300 600 Mk., 188 Proc. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer = 1 222 000 Mk. und 19 Proc. als Wohnungssteuer = 124 000 Mk., zusammen 1 346 000 Mk. Es werden damit belastet die Realsteuern mit 182 Proc. und die Einkommensteuer mit 207 Proc. Nach § 54 des Communalabgabengesetzes würde es zwar angehen, den Zuschlag zur Staatseinkommensteuer noch um 5 Proc. zu erhöhen und dadurch 32 500 Mk. mehr aufzubringen. Wir glauben aber hiervon Abstand nehmen, vielmehr vorschlagen zu sollen, die nach dem vorstehenden Finanzplan noch fehlenden 42 640 Mk. aus dem Betriebsfonds der Kämmereikasse zu decken. Die Ermäßigung der Gewerbesteuer von 160 Proc. auf 144 Proc. ergiebt sich daraus, daß nach den angestellten Ermittelungen von der Wohnungssteuer im laufenden Jahre rund 63000 Mk. auf gewerblich benutzte Räume entfallen, während im Finanzplan für 1896/97 nur 35 000 Mk. auf die Gewerbesteuer verrechnet sind. Die Betriebssteuer beantragen wir wiederum mit 150 Proc. zu erheben.

Hr. **Bauer** bemängelt den aufgestellten Steuervertheilungsplan, welcher eine Benachtheiligung des Grundbesitzes enthalte. Die Wohnungssteuer sei eine besondere Communalsteuer und dürfe deshalb nicht auf die Einkommensteuer und Gewerbesteuer vertheilt werden. Wenn aber dennoch eine Vertheilung vorgenommen werde, so müßten an derselben sämmtliche Realsteuern, also auch die Gebäudesteuer participiren. Herr Bauer stellte schließlich folgenden Antrag:

„Unter Ablehnung des vorliegenden Steuervertheilungsplanes und fernerer Außerbetrachtlassung der Wohnungssteuer, beantrage Vertheilung zwischen Realsteuern und Einkommensteuer nach dem im § 54 Abschnitt 3 des Communalabgabengesetzes gegebenen Grundsatze, d. h. bei gleicher Belastung dieser Steuern mit je 150 Procent, sind von hierab für jedes weitere Procent von der Realsteuer 2 Proc. von der Staatseinkommensteuer zu berechnen."

Herr **Ehlers** vertheidigte den Vertheilungsplan, der sich genau in den Normen bewege, welche durch die Aufsichtsbehörde im vorigen Jahre festgesetzt seien. Wenn etwas an dem Vertheilungsplane geändert werden könne, so könnten nach dem § 54 des Communal-Abgabengesetzes die Zuschläge zur Einkommensteuer zur Deckung des im Finanzplan noch vorhandenen Deficits von 188 Proc. auf 195 Procent erhöht werden. Die städtische Verwaltung wolle aber jede Steuererhöhung vermeiden. Auch der Grundbesitz habe nach seiner Meinung ein großes Interesse daran, daß hier nicht zu hohe Personalsteuern erhoben werden. Ob das Gesetz und dessen Auslegung an maßgebender Stelle gut sei, habe man hier nicht zu prüfen. Man müsse der Vorschrift entsprechen, sonst werde der Steuerplan nicht genehmigt, wahrscheinlich garnicht an den Minister befördert. Die Stadt mache sich also nur störende Weitläufigkeiten und könne ihre Etats nicht in Ordnung bringen. Er sei fest überzeugt, daß ein für die Hausbesitzer günstigerer Steuerplan nicht zu erreichen sei. — Herr Erster Bürgermeister **Delbrück** weist auf den Absatz 2 des § 57 des Communalabgaben-Gesetzes hin, welcher sonnenklar vorschreibe, daß die Wohnungssteuer als Miethssteuer auf die Gewerbesteuer und die Einkommensteuer angerechnet werden müsse. Auch er könne im Interesse der städtischen Verwaltung nur dringend darum bitten, daß keine Verzögerung in der Einreichung des Vertheilungsplanes eintrete, denn es entstehe eine Unordnung und eine Reihe von Uebelständen in der Verwaltung, wenn der Finanzplan nicht am 1. April vorliege. — Er glaube, auch in der Bürgerschaft lege man hohen Werth darauf, daß die Steuersätze eine gewisse Stabilität erlangten und nicht alle Jahre daran geändert werde. Da sei es doch das Zweckmäßigste, den Steuerplan möglichst günstig auf der Basis aufzubauen, auf welcher er bisher die Genehmigung aller Instanzen gefunden habe. Herr **Münsterberg** tritt gleichfalls für den Vertheilungsplan des Magistrats ein und bittet den Antrag Bauer abzulehnen, wobei Redner näher auf das Drückende der Gewerbesteuer als Arbeitssteuer für die kleineren Betriebe und die wirthschaftlichen Gesichtspunkte des Communalabgabengesetzes eingeht. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf angenommen, dann der Steuerplan des Magistrats mit allen gegen 4 oder 5 Stimmen genehmigt und damit der Antrag Bauer abgelehnt.

Ohne Debatte genehmigte die Versammlung hierauf die Aufnahme eines mit 3½ Proc. verzinslichen, bis 1912 zu tilgenden Darlehns von 600 000 Mk. bei der westpreuß. Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt behufs schnellerer Abzahlung der 4½procentigen Anleihe beim Reichs-Invalidenfonds; die Erwerbung resp. den Austausch verschiedener Terrainflächen zur Verbreiterung des Käferganges in Neufahrwasser, die Beschaffung eines neuen Dampfkessels für das Lazareth am Olivaerthor für 12 500 Mk., die Zahlung von Subventionen von je 75 Mk. an den westpreußischen Geschichtsverein und den Verein für die Geschichte für Ost- und Westpreußen und 931 Mk. Kosten der Ausschmückung und Beleuchtung der Straßen in Langfuhr beim Besuche des Kaisers am 3. Oktober v. Js.

* * *

* **Säcular-Geburtstagsfeier.** Wie wir erfahren, beabsichtigt der hiesige Magistrat, den hundertjährlichen Geburtstag Kaiser Wilhelms I. durch ein größeres volksthümliches Fest zu begehen. Und zwar sind, da bei ähnlichen Anlässen sich die Räume des Schützenhauses nicht ausreichend gezeigt haben, die Räume des Wilhelm-Theaters in Aussicht genommen. Die erforderlichen Verhandlungen darüber sind in der Schwebe. Der eigentliche Geburtstag (22. März) ist für die hiesige Feier von vornherein ausgeschlossen, da an diesem Tage die Spitzen der Provinz, insbesondere die Herren General v. Lentze und Oberpräsident v. Goßler den Feierlichkeiten in Berlin beiwohnen. Es ist deshalb für die hiesige städtische Feier der 20. März (Sonnabend) in Aussicht genommen.

* * *

* **Dampfer „Adria".** Heute Mittag lief, von Swinemünde kommend, der Hamburger Dampfer „Adria" und damit wohl einer der größten Dampfer, welche unsere Gewässer aufgesucht haben, in den Hafen von Neufahrwasser ein. Die „Adria" gehört der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actiengesellschaft und repräsentirt in unserem Hafen zum ersten Male den Typ jener modernen, mit allen Erfindungen der Neuzeit ausgestatteten Riesen-Frachtdampfer, die dazu dienen, den überseeischen Verkehr mit Amerika zu vermitteln und in der Ostsee nur bei besonderen Gelegenheiten Verwendung finden. Die „Adria" ist eines der jüngsten ihrer Schwesterschiffe und lief, in Stahl gebaut, erst im vorigen Jahre auf einer englischen Schiffswerft bei Newcastle vom Stapel. Der Dampfer hat die respectable Länge von 122 Meter; seine höchste Breite beträgt 15½ Meter; die Vermessung ergab brutto 15 460 Cubikmeter, netto 9916 Cubikmeter. Das Schiff hat in Swinemünde ca. 2500 Tons Zucker eingenommen. Auch in Neufahrwasser soll das Schiff noch ca. 2500 Tons Zucker laden und nach Philadelphia führen. Das Schiff ladet ca. 7500 Tons und hat durch seine starken Maschinen mit voller Ladung eine Geschwindigkeit von 12 Knoten.

* * *

* **Kinderhorte.** Behufs Besprechung über die Begründung eines Vereins für Kinderhorte wird hier am 14. Januar, Nachmittags, eine größere Conferenz von Bürgern und Bürgerinnen im Stadtverordnetensaale abgehalten werden.

* **Preußische Klassenlotterie.** Bei der heute Vormittags fortgesetzten Ziehung der 1. Klasse der 196. königl. preußischen Lotterie fielen:

2 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 115 202 140 128.

* * *

* **Obermeisterwahl.** Bei der am 4. Januar stattgefundenen Quartal-Versammlung der Schlosser-Innung wurde für den durch Ernennung zum Ehren-Obermeister ausgeschiedenen Obermeister Herrn Ph. **Schmidt** der Schlossermeister Herr E. A. **Münzel** zum Obermeister gewählt.

* * *

* **Kriegerverein „Borussia".** In der gestern im Saale der Gambrinushalle abgehaltenen sehr zahlreich besuchten Generalversammlung erstattete Herr Landessecretär **Büttner** den Kassenbericht, nach dem das Vereinsvermögen zur Zeit 3000 Mk. beträgt und sich im letzten Jahre um 1000 Mk. erhöht hat. Nach Aufnahme von 6 neuen Mitgliedern wurde beschlossen, den Geburtstag des Kaisers am 24. Januar im Café Nötzel durch eine größere Festlichkeit zu feiern.

* * *

* **Wahlen für die Armen-Verwaltung.** In der gestrigen geheimen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurden zum Bezirksvorsteher für den 17. Stadtbezirk Herr Kaufmann Kurowski, zu dessen Stellvertreter Herr Kaufmann Bohl, zum stellvertretenden Bezirksvorsteher für den 25. Stadtbezirk Hr. Apotheker Rohleder, zu Mitgliedern der 11. Armen-Commission die Herren Hospitals-Inspector Haak und Bäckermeister Rink, der 24. Armen-Commission Herr Schuhmachermeister Wiemer-Stolzenberg gewählt.

* * *

* **Grundstücksverkauf.** Das Grundstück Langgarten Nr. 27 hat Frau Liebling aus Berlin von dem bisherigen Besitzer Herrn Karl Schwinkowski für den Preis von 118 000 Mk. käuflich erworben.

* * *

* **Diebstahl.** Auf dem Fischmarkte wurde gestern ein Diebstahl entdeckt. Aus einem der dort liegenden Kähne waren 60 Pfd. Aale entwendet worden. Als des Diebstahls verdächtig wurde der Arbeiter D. in Haft genommen.

* * *

* **Zum Hamburger Streik.** Morgen Abend wird hier wiederum eine Versammlung von Schiffsstauern und Speicherarbeitern abgehalten, in der ein Hamburger Emissär über den augenblicklichen Stand der Streikbewegung in Hamburg referiren wird.

* * *

* **Verschwunden.** Seit vorgestern ist der Kassirer und Todtengräber der hiesigen freien Gemeinde Karl Gottfried Derowski verschwunden. Er begab sich vorgestern von seiner Zigankenberg am neuen Militärkirchhof belegenen Wohnung in die Stadt, um Geld zu kassiren und ist seitdem nicht mehr gesehen worden, so daß seine Angehörigen fürchten, dem 67jährigen Manne sei ein Unglück zugestoßen, und der Polizei Anzeige erstatteten. Der Vermißte ist mit einer braunen Pelzmütze, Ueberzieher, grauem Anzug und Gamaschen bekleidet gewesen.

* * *

* **Unfälle.** Auf dem Bahnhofe am Olivaer Thor wurde gestern Abend ein unbekannter Mann vom Zuge überfahren und am Kopfe schwer verletzt. Er wurde nach dem Stadtlazareth gebracht.

Am Hauptbahnhofe glitt der Bäckergeselle Radomski in Folge von Glätte aus und zog sich eine erhebliche Schulterverletzung zu, weshalb seine Aufnahme in's Lazareth nothwendig wurde.

* * *

* **Gerichtssitzungen.** Des heutigen katholischen Feiertags wegen fielen die Verhandlungen der Straf- und Civilgerichte aus.

* * *

* **Strafkammer.** Wegen einer recht erheblichen Ausschreitung hatte sich in der gestrigen Sitzung der Tischler Hermann Janusch aus Neustadt zu verantworten. J. befand sich am Abend des 15. November in dem Aleckner'schen Gasthause und gerieth dort mit einem Handwerkscollegen, dem Tischler Grahl, in Streit. Hierbei schlug er dem G. so wuchtig über den Kopf, daß dem Getroffenen sofort das rechte Auge auslief. Er hat, wie gestern Herr Sanitätsrath Dr. Hasse bekundete, die Sehfähigkeit auf dem Auge total verloren. Mit Rücksicht auf die schweren Folgen verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten, trotzdem er bisher gänzlich unbescholten ist, zu 2jähriger Gefängnißstrafe.

* * *

Polizeibericht für den 6. Januar. Verhaftet: 17 Personen, darunter: 1 Person wegen Bedrohung, 2 Personen wegen Diebstahls, 2 Personen wegen Unfugs, 3 Bettler, 2 Personen wegen Trunkenheit, 5 Obdachlose. — Gefunden: 1 schwarzer Pelzmuff, 1 Kindergummischuh, 1 Paar Pantoffeln, 3 Taschentücher, 1 Stück Cannevas, 1 Stück schwarze Borte, 1 schwarzer Schleier, mehrere Handschuhe im Geschäft des Kaufmanns Fürstenberg, Langgasse 7, zurückgeblieben, abzuholen aus dem Fundbureau der königl. Polizei-Direction. — Verloren: 1 silberne Cylinderuhr, 1 Portemonnaie mit 130 Mk., abzugeben im Fundbureau der kgl. Polizei-Direction.

Aus den Provinzen.

* **Neufahrwasser,** 6. Jan. Gestern Vormittag wurde hier durch Herrn Stadtrath Ackermann als Vertreter des Magistrats ein **Landverkaufstermin** abgehalten. Es wurden circa acht Parzellen von dem an der Gasper- und Fischerstraße liegenden sogenannten Olivaer Freiland zum Preise von 3,60—6 Mk. pro Quadratmeter verkauft. Die Käufer waren vorwiegend Bürger von Neufahrwasser. Unverkauft blieben nur zwei Parzellen.

Mohrungen, 6. Jan. (Tel.) Gestern Abend wurde gegen eine Lehrerin auf dem Wege nach dem Bahnhofe ein **brutales Attentat** und ein Raubmordversuch verübt. Die Ueberfallene ist durch sechs Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Der Thäter entkam.

Skaisgirren (Ostpr.), 3. Jan. Ueber die schon gemeldete Unthat im Dorfe Bersteningken wird noch folgendes Nähere berichtet: Der Besitzer Wendel hat seine eigene 18 Jahre alte Tochter auf eine schreckliche Weise todtgeschlagen. Am genannten Abend war Wendel fortgefahren und kehrte etwas angetrunken zurück und verlangte von seiner Tochter, daß dieselbe die Pferde ausspannen möchte; da das Mädchen kränklich war, im Bette lag und ihm zur Antwort gab, daß sie krank sei, faßte Wendel seine Tochter an den Haaren, riß sie aus dem Bett und fing an derart mit seinen Holzschuhen das Mädchen zu stoßen, daß sie flehentlich um Erbarmen bat, und als sie ihm bedeutete, sie wäre schon halbtodt, da stürzte sich der Wütherich mit seinen Knien auf die Brust des armen Mädchens, wobei innere edlere Theile verletzt worden sind, so daß sie bald unter großen Qualen verschied. Die Ehefrau erstattete die Anzeige beim Gemeindevorstand, der Wendel sofort verhaftete und dem Amtsgericht Skaisgirren zuführte.

Standesamt vom 5. u. 6. Januar.

Geburten: Schriftsetzer Adolf Rosenthal, T. — Schiffbauer Richard Schulz, T. — Invalide Wilhelm Rekalski, T. — Schneidergeselle Johann Placzek, S. — Fuhrhalter Arthur Amort, S. — Arbeiter Johann Grzedzicki, T. — Maschinist Johannes Wittstock, T. — Metalldreher Albert Weichert, S. — Arbeiter Gottlieb Voß, T. — Schiffsbauarbeiter August Maikowski, T. — Zuschneider Gustav Felgendreher, T. — Unehelich: 3 S., 1 T.

Aufgebote: Arbeiter Johann Marzell Keller und Lucia Ramczyk zu Wussowke. — Kaufmann Hermann Paul Pose hier und Marie Wilhelmine Margarethe Schem zu Berlin. — Conducteur bei der elektrischen Straßenbahn Karl Gustav Isendick und Charlotte Wohlert, beide hier.

Heirathen: Restaurateur Heinrich August Bruno Metzke und Martha Magdalena Hedwig Ella Schünemann. — Malergehilfe Richard Max Nehrke und Stephania Gorzelana, sämmtlich hier.

Todesfälle: T. d. Schmiedegesellen Johann Selau, 3 M. — T. d. Arbeiters Josef Walenciak, 4 M.

Geburten: Vicefeldwebel im Infanterie-Regiment Nr. 128 Wilhelm Olschewski, T. — Gemeinde-Secretär Philipp Grabowski, S. — Arbeiter Aloysius v. Gogolinski, S. — Kaufmann Simon Goldhaber, T. — Schmied Johann Kleba, T. — Schmiedegeselle Wilhelm Mahrtsch, T. — Musiker Theodor Steinhöfer, T. — Sattler und Tapezirer Felix Lassan, 2 S. — Arbeiter Heinrich Kusch, S. — Schmiedegeselle Hermann Damaschke, T. — Sattler und Tapezirer Marcell Wesierski, T. — Arbeiter August Gehrmann, S. — Drechslergeselle Gottlieb Dipp, T. — Unehel.: 2 S.

Aufgebote: Kutscher Ernst Dux und Ida Draeger, beide hier. — Arbeiter Franz Johann Mlynski und Franziska Jakuszyk zu Emaus. — Arbeiter Hermann Belkmann und Pauline Schweda, beide hier. — Arb. Anton Valentin Rikalski zu Emaus und Johanna Julianna Brunkowski hier.

Heirathen: Musiker Wilhelm Richter und Julianna Sengstock. — Musiker Johannes Paul Klein und Lina Juliane Bielefeldt. — Glasmachergeselle Paul Franz v. Maleck und Rosalie Amalie Krüger. — Schuhmachergeselle Ernst Otto Trojahn und Clara Ronschke. — Seefahrer August Eduard Jarczemkowski und Pauline Rosalie Bertha Fitkau. — Bildhauer Carl Bernhard Roeschke und Johanna Henriette Clara Hein. — Arbeiter Johannes Robert Emil Liedtke und Therese Louise Bertha Schill. — Sämmtlich hier.

Todesfälle: T. des Schmiedegesellen Franz Marquardt, 1 J. 1 M. — T. des Militär-Invaliden Friedrich Wolf, 10 M. — Früherer Kaufmann Johann Mazurke, 63 J. — S. des Schuhmachermeisters Ernst Krefft, todtgeb. — Wittwe Albertine Genstock, geb. Block, 84 J. — Hospitalitin Wittwe Ida Lucas, geb. Treptau, 63 J. — S. des Schachtmeisters Franz Kaszenski, 3 W. — S. des Lehrers Christian Urbat, 5 J. 3 M. — Schneiderin Valeska Petronella Wessalowski, 21 J. 7 M. — S. des Tischlergesellen Bernhard Malinowski, todtgeboren. — Unverehel. Marie Elisabeth Berger, 60 J. — Unehel.: 1 S.

Danziger Mehlnotirungen vom 6. Januar.

Weizenmehl per 50 Kilogr. Kaisermehl 17,00 M. — Extra superfine Nr. 000 15,00 M. — Superfine Nr. 00 13,00 M. — Fine Nr. 1 10,50 M. — Fine Nr. 2 8,50 M. — Mehlabfall oder Schwarzmehl 5,20 M.

Roggenmehl per 50 Kilogr. Extra superfine Nr. 00 11,60 M. — Superfine Nr. 0 10,60 M. — Mischung Nr. 0 und 1 9,60 M. — Fine Nr. 1 8,40 M. — Fine Nr. 2 7,00 M. — Schrotmehl 7,20 M. — Mehlabfall oder Schwarzmehl 5,40 M.

Kleien per 50 Kilogr. Weizenkleie 4,40 M. — Roggenkleie 4,40 M. — Gerstenschrot 7,00 M.

Graupen per 50 Kilogr. Perlgraupe 14,00 M. — Feine mittel 13,00 M. — Mittel 11,00 M., ordinäre 9,50 M.

Grützen per 50 Kilogr. Weizengrütze 15,50 M. — Gerstengrütze Nr. 1 12,00 M., Nr. 2 11,00 M., Nr. 3 9,50 M. — Hafergrütze 14,00 M.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 6. Jan. **Rinder.** Es waren zum Verkauf gestellt 450 Stück. Im Rindergeschäft wurde ziemlich ausverkauft, geringe Waare erzielte leicht die Preise vom letzten Sonnabend. Bezahlt wurde für: 3. Qual. 42—46 M, 4. Qual. 35—40 M per 100 Pfd. Fleischgewicht.

Schweine. Es waren zum Verkauf gestellt 8563 Stück. Der Handel verlief ruhig und der Markt wurde geräumt. Bezahlt wurde für: 1. Qual. 51—25 M, 2. Qual. 49—50 M, 3. Qual. 46—48 M per 100 Pfd. Fleischgewicht.

Kälber. Es waren zum Verkauf gestellt 1614 Stück Der Handel gestaltete sich ruhig. Bezahlt wurde für 1. Qual. 62—65 Pf., ausgesuchte Waare darüber, 2. Qual. 57—61 Pf., 3. Qual. 48—55 Pf. per Pfund Fleischgewicht.

Hammel. Es waren zum Verkauf gestellt 980 Stück. Tendenz: Am Hammelmarkt fanden nur ca. 650 Stück zu unveränderten Preisen Absatz.

Verantwortlicher Redacteur Georg Sander in Danzig
Druck und Verlag von H. C. Alexander in Danzig

Bekanntmachung.

In unser Börsenregister für Waaren ist am 4. Januar 1897 unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann **Marcus Jacoby** in Danzig, in Firma **Jacoby u. Co.**, sich an Börsentermingeschäften in Waaren betheiligen will, ohne daß die Betheiligung auf bestimmte Geschäftszweige beschränkt ist.

Danzig, den 4. Januar 1897. (466

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

In unserm Gesellschaftsregister ist heute sub Nr. 575 die Handelsgesellschaft in Firma **„Erste Danziger Margarine-Fabrik Gaikowski u. Danziger"** zu Danzig gelöscht.

Danzig, den 30. Dezember 1896.

Königliches Amtsgericht X. (468

Bekanntmachung.

In unser Procurenregister ist heute bei Nr. 895 eingetragen worden, daß die für die unter Nr. 575 unseres Gesellschaftsregisters eingetragene Firma **„Erste Danziger Margarine-Fabrik Gaikowski u. Danziger"** dem Kaufmann **Hermann Loewens zu Danzig** ertheilte **Procura** erloschen ist.

Danzig, den 30. Dezember 1896. (467

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

In unser Börsenregister für Waaren ist am 4. Januar 1897 unter Nr. 2 eingetragen, daß die offene **Handelsgesellschaft R. Damme in Danzig** sich an Börsentermingeschäften in Waaren betheiligen will, ohne daß die Betheiligung auf bestimmte Geschäftszweige beschränkt ist. (465

Danzig, den 4. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1897 werden veröffentlicht werden:

Die Eintragungen in unser Handels-, Genossenschafts- und Muster-Register durch den **Deutschen Reichsanzeiger**, außerdem die in das Handelsregister durch die **Berliner Börsenzeitung** und die **Danziger Zeitung** und die in das Genossenschaftsregister durch die **Danziger Zeitung** und das **Lauenburger Kreis- und Localblatt**, für kleinere Genossenschaften neben dem Reichsanzeiger nur durch das **Lauenburger Kreis- und Localblatt**.

Die Registergeschäfte werden durch den Amtsrichter **Nußbaum** unter Mitwirkung des Gerichtsassessors **Schröder** erledigt werden.

Lauenburg i. P., den 31. Dezember 1896.

Königliches Amtsgericht. (395

Bekanntmachung.

Am Donnerstag, den 14. Januar d. Js., Abends 6 Uhr, findet im Lokal **„Zum grünen Gewölbe"** (Frau Voigt, Langebrücke) die erste

General - Versammlung

des unterzeichneten Vereins statt, **zu welcher jedes Mitglied gemäß § 10, Ziffer 6, der Statuten vom 1. März 1896 die Verpflichtung hat zu erscheinen.**

Nichtmitglieder sind als **Gäste** hiermit eingeladen.

Tagesordnung:

1. Die Wahl der Vorstandsmitglieder.
2. Die Ernennung von Ehrenmitgliedern.
3. Die Prüfung und Erledigung der Jahresrechnung.
4. Die Abänderung der Statuten.
5. Aufnahme neuer Mitglieder.
6. Zeichnung zum Bau von Vereinsschleppdampfern.
7. Verschiedenes. (384

Der Vorstand
des ostdeutschen Strom- und Binnenschiffer-Vereins zu Danzig.

Robert Riegel, Vorsitzender. — **G. Katzke,** Schriftführer.

Nachlaß-Auction
Töpfergasse 16, am Holzmarkt.

Donnerstag, den 7. Januar, von 10 Uhr ab, werde ich im Auftrage der Erben aus dem Nachlasse des verstorbenen Polizei-Inspectors **Herrn Tietz**: eine goldene **18 karätige** Repetiruhr, einen sehr schönen Stutzflügel, **Betten**, Bilder 2c.; ferner aus dem Nachlasse der **Wittwe Mai**, geb. **Jungermann**: Möbel, Kleider, Wäsche, Betten, eine Taschenuhr 2c. an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung versteigern, wozu einlade. (541

A. Collet,
gerichtlich vereidigter Taxator und Auctionator.

Gr. Auction mit herrsch. Mobiliar
Hintergasse Nr. 16
im großen Saale des Bildungsvereinshauses.

Freitag, den 8. Januar 1897, Vormittags 10 Uhr, werde ich daselbst im Auftrage folgendes hochelegante Mobiliar, als:

1 nußb. Buffet, 1 hocheleg. Garnitur in massiv nußb. Gestellen in Schiefer-Plüsch, 1 hocheleg. Agraffen-Garnitur in echt nußb. Gestellen, 1 altdeutsche Garnitur in oliv Plüsch, 3 eleg. nußb. Trumeauspiegel mit Stufen, 1 Säulen-Garnitur in Kupferplüsch, 1 achteckigen Salontisch, 1 Vertikow mit Schnitzerei, 2 nußb. Kleiderschränke, 2 do. Vertikows, 1 hocheleg. Paneelsopha mit Satteltaschen, 1 Rittersopha mit Satteltaschen und blauer Plüscheinfassung, 12 hochlehnige Rohrstühle, 3 Pfeilerspiegel mit Consolen, 3 Antoinetten-Sophatische, 2 eleg. nußb. Paradebettgestelle nebst Matratzen, 2 nußb., 2 birk. Bettgestelle nebst Matratzen, 2 Sophaspiegel, 1 nußb. Waschtisch mit Marmor, 2 Nachttische mit Marmor, 1 sehr gutes Schlafsopha, 1 Ruhebett, 1 Regulator mit Schlagwerk, 3 große Plüschteppiche, 1 Plüschsopha, **1 hocheleg. Diplomatenschreibtisch** nebst Schreibsessel, diverse Oelgemälde, 1 Nähtisch, 6 Walzenstühle, Wandteller, Portièren, 1 Tesching, 1 Jagdgewehr, 1 Kleiderschrank, 1 Notenetagère, sowie verschied. andere Mobiliar und Wirthschaftssachen öffentlich gegen baare Zahlung versteigern, wozu höflichst einlade.

Bemerke, daß sämmtliches Mobiliar sich in tadellosem Zustande befindet. — Besichtigung ist nur am Auctionstage gestattet, da bez. Möbel erst Donnerstag ausgeladen u. aufgestellt werden. (430

Fremde Gegenstände dürfen nicht beigestellt werden. Arbeitern ist der Zutritt, während der Auction, zum Saal verboten.

A. Kuhr, Auctionator und Taxator.



Grundstück,

besteh. a. Wohnhaus, 2 Speichern nebst Stallungen u. Wagenremise, in welchem seit 8 Jahren ein sehr gut gehendes **Getreidegeschäft** nebst Kohlen- u. Brennholzverkauf betrieben wird, ist für 35000 M **verkäuflich**. Anzahlung 10000 M.

Schloß Kalthof
bei Marienburg Westpr.

Die Testamentsvollstrecker des K. Panknin'schen Nachlasses.

Katz, Rechtsanwalt. — **G. Pankin,** Ziegeleibesitzer.



Maler, tücht., gewandt, führt sämmtl. Aufträge saub. und gut aus. Bestellungen erb. Schw. Meer 25, Hof, I, **L. Wallat.**

Nähmaschinen-Reparatur u. Schleifen v. Scheeren u. Messern Frauengasse Nr. 31, **E. Plaga.**

Stadt-Theater.

Direction: **Heinrich Rosé.**

Donnerstag, den 7. Januar 1897.

Außer Abonnement. P. P. C.

Erstes Gastspiel von Director Ludwig Barnay.

König Richard III.

Historie in 5 Aufzügen von **Shakespeare**, bearbeitet von **Dingelstedt**.

Regie: **Franz Schieke.**

Personen:

König Eduard IV. . . . . Ernst Preuse.
Elisabeth, dessen Gemahlin . . . . . Emmi v. Gloth.
Eduard, Prinz von Wales, nachmals König Eduard V. / Richard, Herzog von York — des Königs minderjährige Söhne — Marie Bendel. / Laura Hoffmann.
Georg, Herzog von Clarence . . . . . Ludw. Lindikoff.
Richard, Herzog von Gloster, nachmals König Richard III. . . . . * * *
Ein junger Sohn / Eine junge Tochter — des Herzogs von Clarence — Agathe Schekirka. / Gretchen Kolbe.
Margarethe von Anjou, Wittwe Heinrichs VI. Fil. Staudinger.
Herzogin von York, Mutter Eduards IV. . . . . Anna Kutscherra.
Anna, Schwiegertochter Heinrichs VI., nachmals mit dem Herzog von Gloster vermählt . . . Fanny Rheinen.
Heinrich, Graf von Richmond, nachmals König Heinrich VI. . . . . Emil Berthold.
Graf Rivers / Lord Grey — Verwandte der Königin, vormals Lady Elisabeth Grey — Oskar Reinhardt. / Waldem. Franke.
Herzog von Buckingham / Sir Richard Ratcliff / Sir William Catesby / Herzog von Norfolk — Anhänger u. Vertraute Richards, Herzog von Gloster — Franz Wallis. / Alex. Calliano. / Gustav Keune. / Hans Wendt.
Lord Stanley, Stiefvater Heinrichs, Grafen von Richmond . . . . . Josef Kraft.
Lord Hastings . . . . . Franz Schieke.
Sir Robert Brackenbury, Commandant des Towers . . . . . Josef Miller.
Sir James Tyrel . . . . . Bruno Galleiske.
Der Lord-Major von London . . . . . Emil Davidsohn.
Lord Lovel . . . . . Christian Eggers.
1. / 2. Mörder . . . . . Max Kirschner. / Ernst Arndt.
1. / 2. / 3. Bote . . . . . Hugo Gerwink. / Paul Martin. / Oskar Steinberg.
Ein Edelmann . . . . . Hugo Schilling.

* * * Director Ludwig Barnay.

Geistliche und weltliche Lords, Edle, Ritter, Rathsherren, Krieger, Volk, Hofstaat, Gefolge, Dienerschaft, Geister-Erscheinungen.

Schauplatz: Vom 1. bis 5. Aufzuge London, im 5. Aufzug Lager und Schlachtfeld bei Bosworth in der Nähe Leicester.

Zeit der Handlung: 1471—85.

Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10½ Uhr.

Freitag. 79. Abonnements-Vorstellung. P. P. D. Dutzend- und Serienbillets haben Giltigkeit. Novität. Zum 7. Male. **Der Evangelimann.** Oper.

Sonnabend, Nachmittags 3½ Uhr. Bei ermäßigten Preisen. Jeder Erwachsene hat das Recht ein Kind frei einzuführen. **Sneewittchen und die sieben Zwerge.** Weihnachtskomödie.

Abends 7½ Uhr. Außer Abonnement. P. P. E. Zweites Gastspiel von Director **Ludwig Barnay. Hamlet, Prinz von Dänemark.** Trauerspiel.

Sonntag, Nachmittags 3½ Uhr. Bei ermäßigten Preisen. Jeder Erwachsene hat das Recht ein Kind frei einzuführen. **Lumpacivagabundus.**

Abends 7½ Uhr. Außer Abonnement. P. P. A. **Tannhäuser.**

Die Gärtnerei

auf den Danzig. Rieselfeldern mit Wohnh., Ställen u. gr. Schuppen, sow. 5—6 ha Rieselacker evtl. noch mehr, ist von sof. od. 1. April 97 zu verpachten. Der Pächter erhält an bepflanzt. Acker 2½ ha Sparg., ½ ha Himb., ca. ⅛ ha Edelweiß, 230 Rosenstr. u. ca. 70 div. Obstbäume gleich mit zur Benutzung. Reflectanten belieb. sich zu meld.

Forstgut Rieselfeld bei Heubude. (451

L. Schroeder, Generalpächter.



Versende diesjährige

Harzer Hohlroller,

erkannt schön singend nur edelster Abstammung, zu mäßigem Preise. 10tägige Probezeit gestattet. Anweisung zur Behandlung und Pflege gratis. (24399

Lehrer **Gordei-Dt. Eylau.**

Eine ordentliche Frau bittet um eine Stelle für die Morgenstunden. Zu erfragen Altstädt. Graben Nr. 47.

Ca. 15000 Mk. Baugeld werden auf ein beinahe vollendet. Haus gesucht.

Adressen unter Nr. 513 an die Expedition dieser Zeitung erb.

Eine ordentl. Frau bittet im Waschen und Reinmachen beschäftigt zu werd. Näh. Altstädt. Graben 47.

ca. 25000 Mk. werd. z. 1. Stelle a. Hyp. gesucht. Gefl. Offerten unter 514 an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

1. Ziehung d. 1. Klasse 196. Kgl. Preuß. Lotterie.

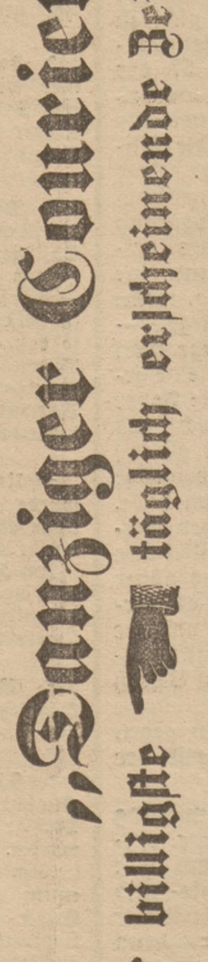
Ziehung vom 5. Januar 1897, Vormittags.
Nur die Gewinne über 60 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

86 170 251 313 46 72 403 73 704 16 831 1029 92 178 570 606 30 965 [100] 2090 169 201 58 525 57 795 867 86 3029 93 104 84 248 64 334 74 [100] 506 [100] 40 43 [200] 692 743 838 44 972 4111 64 98 227 67 344 [100] 413 632 708 19 819 35 5085 106 223 72 501 35 [300] 69 679 81 778 6145 205 68 385 98 510 35 79 643 [150] 62 878 [100] 912 47 7150 384 88 703 76 8040 265 [150] 86 394 437 [500] 623 32 58 99 769 839 9027 180 95 99 231 323 43 86 535 43 82 647 59 750 832 53

10075 88 140 224 73 91 304 533 [150] 700 850 [illegible]

110058 91 128 57 209 41 671 806 85 111092 280 302 412 48 669 935 112009 184 205 10 17 810 48 54 66 508 [150] 51 113169 254 379 492 708 11 802 86 966 114022 28 33 58 152 69 208 384 625 66 785 96 914 71 115019 319 456 502 694 730 79 81 952 116094 119 317 519 73 97 674 87 782 83 117080 130 97 270 489 531 635 45 71 80 770 899 971 [100] 96 118014 46 880 92 768 891 [150] 119035 89 155 442 658 733 957

120011 274 91 326 34 75 617 73 739 821 81 909 [illegible]



1. Ziehung d. 1. Klasse 196. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 5. Januar 1897, Nachmittags.
Nur die Gewinne über 60 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

121 222 [150] 42 46 81 312 91 408 706 909 1027 96 [100] 165 251 551 806 47 2055 64 70 560 726 3162 494 623 990 4232 69 406 18 544 58 94 859 5047 88 126 [illegible]

538 813 113040 90 195 252 334 538 697 826 65 981 [1500] 114004 35 153 84 212 464 74 699 850 938 72 115027 165 75 323 89 461 77 753 [150] 954 [100] 116048 299 604 18 917 117144 48 [100] 96 293 403 10 87 885 92 941 118024 75 251 309 568 687 875 945 88 91 119068 283 414 65 890

120158 68 547 807 42 82 918 121187 506 677 728 [100] 52 55 122050 241 483 561 624 43 81 714 92 910 77 123054 93 431 554 55 63 691 96 701 124059 231 [illegible]